

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
II A 2

Berlin, den 1. September 2020
926-2540
daniel.roleff@
senatskanzlei.berlin.de

3100

An die

Vorsitzende des Hauptausschusses

über den

Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Beauftragung einer Beratungsdienstleistung

Vorgang: Vergabe eines Auftrags zur Financial Due Diligence

| | | |
|---|------------------|----------------|
| Titel 54010 | Dienstleistungen | |
| Ansatz für das abgelaufene Haushaltsjahr | | 2.245.000 € |
| Ansatz für das laufende Haushaltsjahr | | 2.983.000 € |
| Ansatz für das kommende Haushaltsjahr (Entwurf) | | 2.480.000 € |
| Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres | | 2.146.941 € |
| Verfügungsbeschränkungen | | 20.000 € |
| aktuelles Ist (24.08.2020) | | 1.698.111,24 € |
| | | |
| Gesamtkosten: | | 30.000 € |

Im Auflagenbeschluss des Abgeordnetenhauses zum Haushalt 2020/2021 wird Folgendes bestimmt:

„Die Senatskanzlei und die Senatsverwaltungen und deren nachgeordnete Behörden und die Bezirksverwaltungen werden aufgefordert, den Hauptausschuss rechtzeitig vor Inangriffnahme der Ausschreibung von Gutachten- und Beratungsdienstleistungsaufträgen mit einem Bruttoauftragswert von mehr als 10.000 Euro zu unterrichten und zu begründen, warum die zu leistende Arbeit nicht von Dienststellen des Landes Berlin erledigt werden kann. In dem Fall, dass der Bruttoauftragswert 50.000 Euro überschreitet, ist die Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin einzuholen. Ausgenommen von der Vorlagepflicht sind ausschließlich technische Gutachten und Beratungsdienstleistungen, die sich auf konkrete Baumaßnahmen beziehen.“

Hierzu wird berichtet:

Das Land Berlin arbeitet seit 1998 mit der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG sowie ihrer Komplementärgesellschaft, der BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH (im Weiteren „BerlinOnline“) auf Grundlage eines Public-Private-Partnership-Vertrags zusammen und hatte hierfür, vertreten durch die Senatskanzlei, mit BerlinOnline einen Vertrag zum gemeinsamen Betrieb eines umfassenden elektronischen Stadtinformationssystems (Berlin.de) für das Land Berlin geschlossen. Der Betreibervertrag wurde zum 31.12.2021 vom Land Berlin gekündigt. Der Berliner Verlag und das Land Berlin, vertreten durch die Investitionsbank Berlin (IBB), streben eine Übernahme der vom Hauptgesellschafter gehaltenen Geschäftsanteile an.

Im Rahmen dieses Verfahrens wird ein Financial Due Diligence-Verfahren beauftragt, das ggfs. betriebswirtschaftliche und damit verbunden finanzielle Risiken identifizieren soll. Für die Erstellung einer solchen Begutachtung ist externer Sachverstand erforderlich, da in der Senatskanzlei kein entsprechend geschultes Personal mit der detaillierten Fachkenntnis dieses Transaktionsschrittes im Rahmen einer Unternehmensübernahme zur Verfügung steht. Außerdem wird mit der externen Vergabe die Unabhängigkeit und Expertise dieser Begutachtung gewährleistet.

Der geschätzte Auftragswert beläuft sich auf 30.000 EUR brutto. Die Kostenschätzung beruht auf Erfahrungswerten der IBB.

Ich bitte, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Christian G a e b l e r
Chef der Senatskanzlei